

Gleiches Recht für alle bei der Mütterrente

CDU/CSU und SPD planen bei einer Neuauflage der Großen Koalition eine Verbesserung der Mütterrente, um die bestehende Ungerechtigkeit auszugleichen, die zwischen Frauen besteht, die vor beziehungsweise die nach 1992 Kinder bekommen haben. Diese Verbesserung soll den Plänen zufolge jedoch nur für Frauen mit vor 1992 geborenen Kindern gelten, die mindestens drei Kinder haben.

Dazu teilt der Potsdamer AfD-Bundestagsabgeordnete René Springer mit:

„Wieder nutzen die Altparteien die Mütterrente für ihre taktischen Spielchen. Diese Trixereien auf dem Rücken der Mütter sind unanständig und die geplante Bevorzugung von Frauen mit mindestens drei Kindern meiner Auffassung nach zudem auch noch verfassungswidrig.

Ich fordere daher, endlich alle Mütter bei der Mütterrente gleichzustellen. Egal ob ihre Kinder vor oder nach 1992 zur Welt gekommen sind. Diese willkürliche Grenze muss verschwinden. Künftig müssen allen Müttern einheitlich drei Jahre Erziehungszeit ab dem ersten Kind angerechnet werden. Es darf nicht sein, dass ausgerechnet die älteren Rentnerinnen weiterhin benachteiligt werden.

Natürlich ist die Ausweitung der Mütterrente mit Kosten verbunden. Aber es geht hier nicht um irgendwelche Rentengeschenke, sondern um eine verdiente Anerkennung: Denn die Erziehung von Kindern ist eine Aufgabe, die der gesamten Gesellschaft zugutekommt. Daher darf die notwendige Verbesserung der Mütterrente auch nicht zu Lasten der angespannten Rentenkassen gehen, sondern muss durch Steuern finanziert werden.

Eine angemessene und gerechte Anerkennung der Leistungen aller Mütter bei der Rente ist lange überfällig und darf nicht wieder zur Verhandlungsmasse von Koalitionsverhandlungen werden!“